

//PRESSEINFORMATION//

34/2020

Saarbrücken, 08.11.2020

Alarmstufe Rot – “Kein weiter so!”

GEW fordert 200.000 FFP-2 Masken für Beschäftigte in Schulen und Kitas

Saarbrücken – Das „Fahren auf Sicht“ muss sofort beendet werden. Die weiter steigenden Infektionszahlen und die daraus resultierenden Quarantänemaßnahmen sind alarmierend. Daher müssen die Landesregierung und das Ministerium für Bildung und Kultur jetzt endlich vorausschauend handeln. Die physische und psychische Belastungsgrenze der Kolleg*innen an saarländischen Schulen und Kindertagesstätten ist bereits weit überschritten und der Gesundheitsschutz nicht mehr gewährleistet.

Dass jetzt weitere 1,2 Millionen Mund-Nase-Bedeckungen für die Schulen zur Verfügung gestellt wurden, begrüßt die GEW. Ebenso die Initiative von Innenminister Bouillon, der bereits im September 45.000 FFP2-Masken an die Landkreise verteilen ließ. Unverständnis jedoch zeigte die GEW-Landesvorsitzende Birgit Jenni darüber, dass das Bildungsministerium solche FFP2-Masken bisher noch nicht in ausreichender Menge von sich aus angeschafft hat, obwohl es den Präsenzunterricht an Schulen und den Regelbetrieb an Kitas um jeden Preis aufrechterhalten will.

Die GEW Saarland fordert das Land auf, unverzüglich weitere 200.000 FFP2-Masken anzuschaffen und kostenlos zu verteilen. „Aufgrund der steigenden Infektionszahlen darf die Landesregierung nun keine Minute mehr zögern“, fordert die GEW-Landesvorsitzende. Die Masken seien für das Jahr 2020 gedacht, bei ähnlichem Infektionsgeschehen müsse Anfang 2021 gegebenenfalls nachgelegt werden. Das Tragen muss aus Sicht der GEW allerdings freiwillig sein.

„Darauf zu bauen, dass die Beschäftigten sich ihre Masken selbst beschaffen und dass ein bisschen Lüften schon ausreicht, ist nicht die Art der Fürsorgepflicht, die in Pandemie-Zeiten angebracht ist“, kritisierte Jenni. Auch für zertifizierte, mobile Luftreinigungsgeräte habe es vom Land bisher keine Initiative gegeben, um die Schulträger finanziell zu unterstützen – im Gegenteil, dies werde sogar abgeblockt. Schutzmaßnahmen sollten kein Almosen der verschiedenen Ministerien sein. Die Beschäftigten, Kinder und Jugendlichen der verschiedenen Bildungseinrichtungen haben ein Anrecht auf den Schutz ihrer Gesundheit. Damit die dringend notwendigen Schutzmaßnahmen finanziert werden können, fordert die GEW die Gründung eines Coronafonds für Bildung, der aus Bundesmitteln aufgelegt wird. „Dieses “Ping-Pong-Spiel” der verschiedenen Ministerien und Parteien ist in dieser Zeit unverantwortlich“, betont die GEW-Landesvorsitzende.

Des Weiteren bekräftigt die GEW ihre Forderung nach zusätzlichen Maßnahmen, wie Abstandsregeln durch kleinere Lerngruppen sicherstellen, und den damit verbundenen Aufbau von Personalressourcen. Außerdem soll ein Wechselunterricht an Schulen individuell, lokal und temporär ermöglicht werden, denn die Schulen kennen ihre Situation vor Ort am besten.

„Eine Änderung der Quarantäne-Strategie für Schulen, wie sie von einzelnen Landrät*innen vorgeschlagen wurde, lehnen wir entschieden ab. Vorrang hat immer der Gesundheitsschutz und die Prävention“, so Jenni abschließend. ■